

# *Presseinformation*

## **Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH)**

Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin

Tel. 030/72625-600, Fax 030/72625-666

e-mail: [centralvereinigung@cdh.de](mailto:centralvereinigung@cdh.de), Internet: [www.cdh.de](http://www.cdh.de)

### CDH sieht in Bürgerversicherung keine Lösung

Die Bürgerversicherung ist aus der Sicht der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) keine Lösung zur dauerhaften Bewältigung der Krise des Gesundheitswesens und dies aus verschiedenen Gründen.

Die zwangsweise Einbeziehung aller Bürger in eine Krankenversicherung bewirkt zwar einen Zufluss zusätzlicher finanzieller Mittel, dem gegenüber stehen aber auch entsprechende Ansprüche und zu erbringende Leistungen. Daher ist das Argument, die Bürgerversicherung stelle die Krankenversicherung dauerhaft auf eine stabile wirtschaftliche Basis, nicht schlüssig.

Auch werden die Beiträge bei diesem Konzept nach wie vor an die Arbeitseinkommen gekoppelt, so dass sich grundsätzlich nichts an der Belastung der Unternehmen mit Lohnnebenkosten ändert. Auch die Unternehmen im Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung sind als Arbeitgeber stark betroffen. Gerade die Senkung der Arbeitskosten in Deutschland ist aber eine Voraussetzung für den Abbau der immer dramatischer werdenden Arbeitslosigkeit. Durch den Zusammenhang zwischen den Beiträgen zur Krankenversicherung und dem Arbeitsaufkommen sind die Versicherungseinnahmen darüber hinaus nach wie vor von der konjunkturellen Lage abhängig und unterliegen daher entsprechenden Schwankungen.

Eine solche Einheitszwangsversicherung sorgt zudem für noch weiter wachsende Bürokratie und damit für mehr Staats- und Zwangswirtschaft. Dem Bürger wird die Wahlfreiheit, seinen Gesundheitsschutz unter Berücksichtigung seiner persönlichen Situation selbst zu gestalten, genommen. Handelsvertreter, die als Selbstständige seit jeher gewohnt sind, für Krankheit und Alter vorzusorgen, werden möglicherweise durch eine Zwangsversicherung an Motivation zum eigenverantwortlichen Handeln verlieren.

Die Bürgerversicherung wäre die Fortsetzung eines – wenn auch dann variierten - Konzeptes, das heute für die drängenden Probleme im Gesundheitswesen nicht mehr tauglich ist. Ohne strukturelle Änderungen im Gesundheitswesen lassen sich die Probleme nachhaltig nicht lösen sondern werden nur kurzfristig weiter vor sich her geschoben. Die Zahl der Einzahler sinkt aufgrund geringer Geburtenraten weiter, zugleich nimmt der Versorgungsbedarf aufgrund der durchschnittlich steigenden Lebenserwartung zu. Der medizinische Fortschritt, an dem jeder teilhaben will und soll, geht rasant weiter, dies alles treibt die Kosten kontinuierlich in die

Höhe. Dazu kommt, dass verkrustete Strukturen in vielen Bereichen des Gesundheitswesens einer ökonomischen Verwendung der Mittel entgegenstehen.

Mehr Wettbewerb sowohl bei den Krankenkassen als auch auf Seiten der Leistungsanbieter, mehr Transparenz im Gesundheitswesen auch für die Versicherten, mehr marktwirtschaftliche Strukturen und mehr Eigenverantwortung der Bürger müssen Bestandteile einer grundlegenden Reform sein. Die Bürgerversicherung ist das Gegenteil davon, aus diesem Grund lehnt die CDH die Bürgerversicherung ab.

Berlin 15. November 2003